

Übersetzung des Briefes

Sehr geehrter Herr Direktor,

wir fordern China dazu auf, der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Louise Arbour die Einreise nach Lhasa und in alle von Tibetern bewohnten Gebiete zu gestatten, damit sie sich ein Bild von der gegenwärtigen Lage machen kann. Insbesondere fordern wir uneingeschränkten Zugang für sie sowie die Möglichkeit zu ungestörten Gesprächen mit Tibetern, die nach ihrer Abreise auch nicht bestraft werden dürfen.

Wir sind erschüttert über die Ablehnung der entsprechenden Anfrage von Louise Arbour, der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte. Frau Arbour wollte Mitte April nach Tibet reisen, um festzustellen, wie die Lage in Lhasa nach den Protesten buddhistischer Mönche und den Unruhen vom 14. März aussieht. Unseren Informationen zufolge wurden zwischen mehreren hundert bis zu einigen tausend Menschen verhaftet; ein- bis zweihundert Personen sind ums Leben gekommen.

Weiter fordern wir die Erlaubnis zur Durchführung einer internationalen Untersuchung über das Vorgehen Ihrer Regierung gegen die friedlichen Proteste tibetischer Mönche und Laien.

Wir bitten Sie, die gemeinsame Erklärung der UN-Sonderberichterstatter zu beachten, die ihre Sorge über die anhaltenden Proteste und die Berichte über die zahlreichen Verhaftungen in der Autonomen Region Tibet (TAR) und den umliegenden Regionen in China zum Ausdruck brachten.

Sie fordern Ihre Regierung zur Zurückhaltung und Gewaltlosigkeit auf und verlangen einen unbehinderten Zugang in die betroffenen Regionen für Journalisten und unabhängigen Beobachter. Ferner fordern sie den freien Fluß von Informationen, die uneingeschränkte Einhaltung internationaler Standards für den Umgang mit Demonstranten und Verhafteten sowohl in der TAR wie auch in den Tibetisch-Autonomen Präfekturen (TAP) in den Provinzen Qinghai, Sichuan und Gansu.

Die Mandatsträger der UN fordern Ihre Regierung auf, in vollem Einklang mit ihrer Verpflichtung für die Rede- und Versammlungsfreiheit zu handeln und zwischen friedlichen und gewalttätigen Demonstranten zu unterscheiden. Sie fordern vollständige Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und des Rechts auf einen fairen Prozeß für alle Verhafteten und Angeklagten gemäß internationalen Rechtsnormen. Dazu gehört auch die öffentliche Bekanntgabe des Namens der Angeklagten und der gegen sie vorgebrachten Beschuldigungen, der Haftanstalt, in der sie inhaftiert sind und die Garantie, daß sie einen Verteidiger hinzuziehen können. Ihre Regierung wird aufgefordert, die Restriktionen gegen Medien und die Blockade von Internetseiten in China, welche Informationen über die Lage in Tibet bieten, aufzuheben.

Die UN-Experten sind tief besorgt über die Berichte über Schüsse der Sicherheitskräfte auf friedliche Demonstranten und die daraus resultierenden Todesfälle. In Anbetracht der Tatsache, daß unabhängige Beobachter und ausländische Medienvertreter nicht in die von Protesten betroffenen Regionen einreisen dürfen, fordern die UN-Experten freien Zugang für unabhängige Beobachter und Journalisten sowie uneingeschränkte Transparenz seitens der Behörden.

Ihre Regierung hat vor kurzem Journalisten und eine Gruppe ausländischer Diplomaten nach Lhasa und in die Provinz Gansu eingeladen. Derartige Reisen sind kein Ersatz für den beantragten Besuch der UN-Experten. Ihre Regierung wird aufgefordert, die noch offenen Besuchsanträge zu beantworten und es den UN-Experten, zu denen auch der Sonderberichterstatter für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen sowie der Sonderberichterstatter für Folter gehören, zu ermöglichen, ihre ihnen vom Menschenrechtsrat übertragenen Aufgaben wahrzunehmen.

Die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen relevanten Abkommen niedergelegten internationalen Standards sind bindend für alle Nationen, und China ist davon nicht ausgenommen.